

„Wir haben es mit Barbaren zu tun“

Israels Botschafter Ron Prosor sagt: Wir haben keine andere Wahl, als die Hamas völlig zu zerstören

Berlin. Israels Botschafter Ron Prosor fordert im Interview mit unserer Zeitung mehr Schutz und Solidarität für Juden in Deutschland. Viele von ihnen würden sich jetzt fürchten, sagt Prosor. Worte müssten jetzt in Taten umgesetzt werden, fügt er hinzu. Das Gespräch im Wortlaut:

Herr Botschafter, fühlen Sie sich noch wohl in Deutschland?

Ja, ich fühle mich wohl in Deutschland. Ich bin sogar froh, hier zu sein. Für mich ist das eine berufliche und persönliche Sache.

Inwiefern?

Mein Vater ist in Berlin geboren, er hat mit seiner Schwester und meinen Großeltern hier gelebt. Mein Großvater war sogar ein preußischer Offizier. Ich habe schon ganz früh gesagt, ich möchte gerne Botschafter in Deutschland werden. Für mich ist das eine Berufung.

Ihr Land erlebt grausame Zeiten. Wird Israel denn ausreichend unterstützt?

Ich glaube, es gibt keinen einzigen anderen Ort in der Welt, wo ich so klar sagen kann: Freunde, der Staat Israel wurde gegründet, damit wir solche Pogrome und Massaker wie am 7. Oktober nie wieder erleben. Aus der deutschen Zivilgesellschaft erreicht uns täglich Unterstützung, auf persönlicher Ebene und mit Initiativen und öffentlichen Kundgebungen. Auf politischer Ebene bin ich mir der Unterstützung ganz sicher, vom Bundespräsidenten über den Kanzler bis in alle Parteien hinein. Worte müssen jetzt aber auch in Taten umgesetzt werden. Das ist die Aufgabe.

Wie meinen Sie das?

Die Tatsache, dass im Jahr 2023 Juden und Israelis Angst haben auf deutschen Straßen, ist beschämend. Wenn Molotowcocktails auf Synagogen geworfen und Davidsterne auf Häuser geschmiert werden, wo Juden leben, dann frage ich mich, was aus der Geschichte gelernt worden ist. Ich weiß, dass viele Juden sich jetzt fürchten. Das ist völlig inakzeptabel. Ich erwarte Schutz und Solidarität.

Ist Ihnen der deutsche Staat zu lasch bei pro-palästinensischen Demonstrationen, wenn dort gegen Israel gehetzt wird?

Ich widerspreche. Diese Aufmärsche sind nicht pro-palästinensisch, sondern anti-Israel, anti-jüdisch und pro Hamas. Wenn sie wirklich pro-palästinensisch wären, würden sich diese Mitläufer gegen die Unterdrückung durch die Terrororganisation Hamas wenden. Das geschieht aber nicht.

Die Bundesregierung will jetzt palästinensische Organisationen verbieten. Reicht das?

Das ist längst überfällig. Organisationen wie Samidoun sind das trojanische Pferd der deutschen



Ron Prosor spricht bei einer Kundgebung in Berlin für die Befreiung der Geiseln der Hamas: Israel agiere besonnen und klar, um sie wieder nach Hause zu bekommen, sagt der Botschafter des Landes.

Foto: Monika Skolimowska/dpa

Demokratie. Sie missbrauchen sie. Auch warne ich davor, diese und andere Organisationen zu verarmen. Wer jetzt nicht handelt, wird morgen genauso weinen, wie wir es seit dem 7. Oktober tun.

In Deutschland wird viel über die Sicherheit Israels als Staatsräson gesprochen. Was heißt das für Sie?

Im politischen und militärischen Bereich bekommen wir von den USA, was wir brauchen. Was ich wirklich möchte, ist mehr deutsche Unterstützung in den internationalen Gremien. Seit Jahren reflektiert zum Beispiel das Abstimmungsverhalten Deutschlands in der UNO nicht das besondere Verhältnis unserer beider Staaten. Auch kann Deutschland uns in der EU mehr helfen. Für uns ist das un-

heimlich wichtig. Denn Israel wird dämonisiert und delegitimiert. Und das seit Jahren. Wir sind aber ein demokratischer Staat. Nur werden wir oft nicht wie einer behandelt.

Welchen Eindruck haben Sie in diesen Tagen von der deutschen Gesellschaft?

Die Kundgebung am Brandenburger Tor neulich hat mich glücklich gemacht. Zugleich muss ich aber sagen: Seit Jahren erleben wir, wie der Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig wird. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Für mich ist immer noch unbegreiflich, wieso auf der Documenta ein klar antisemitisches Werk gezeigt werden konnte. Immer öfter wird versucht, Antisemitismus hinter der Freiheit der Kunst, der Freiheit der Meinung,

aber auch hinter der Kritik am demokratischen Staat Israel zu verstecken. Ich frage mich übrigens, warum der kulturelle Betrieb in Deutschland zum 7. Oktober weitestgehend schweigt.

Haben Sie Sorge, dass die Solidarität mit Israel bröckelt? Immer öfter hört man bereits ein „Ja, aber“.

Natürlich fürchte ich das. Aber wir haben es mit Barbaren zu tun, schlimmer als der Islamische Staat. 200 Leichen konnten wir bis jetzt noch nicht einmal identifizieren. Einer Schwangeren wurde der Bauch aufgeschnitten, das Baby herausgerissen und ihm dann mit dem Messer in den Kopf gestochen. Menschen wurden bei lebendigem Leibe verbrannt. Entsetzlich. Die deutsche Bevölkerung muss ver-

stehen, um welche Herausforderung es gerade geht. Um in dieser Region zu überleben, müssen wir stark sein. Deswegen muss Israel die Infrastruktur der Hamas und deren Führung völlig zerstören.

Wie blicken Sie auf das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza?

Wir zielen nicht auf unschuldige Zivilisten. Aber wir haben es mit einem Gegner zu tun, der die eigene Bevölkerung ideologisch belügt und sie als menschliche Schutzschilde benutzt. Wenn wir sagen, geht in den Süden von Gaza, schießt die Hamas auf ihre eigenen Leute. Wenn schlimme Bilder aus Gaza da sind, hoffe ich, dass viele daran denken werden, worum es geht – um die Existenz Israels. Wir haben keine andere Wahl.

Israels Botschafter Ron Prosor hat deutsche Wurzeln

Ron Prosor ist seit 2022 Botschafter Israels in Deutschland. Er hat fast drei Jahrzehnte Erfahrung im israelischen Außenministerium. Seine vorherigen Einsätze umfassten Aufgaben in Washington und London. Während seiner Tätigkeit als Botschaftssprecher in

Bonn von 1988 bis 1992 knüpfte er als einer der ersten israelischen Repräsentanten Kontakte zur DDR. Nach der Wiedervereinigung unterstützte er den Aufbau von Beziehungen zu den neuen Bundesländern. Prosors Vater Uri wurde 1927 in Berlin als Ulrich Proskauer

geboren. Dessen Vater Berthold Proskauer war Offizier bei der Reichswehr. Die Familie zog 1933, im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, nach Israel, damals Völkerbundsmandat für Palästina, wo sie den Nachnamen in Prosor veränderten.

Ron Prosor, geboren am 11. Oktober 1958 in Kfar Saba, schlug zunächst eine Offizierslaufbahn bei den israelischen Streitkräften ein und erreichte den Rang eines Majors. Prosor und seine Frau haben drei Kinder und vier Enkelkinder.

Quelle: Wikipedia

Die EU-Staaten fordern jetzt aber humanitäre Pausen in dem Konflikt und zudem geschützte Korridore für Hilfslieferungen in den Gazastreifen.

Wer humanitäre Forderungen hat, sollte sich damit an die Hamas wenden. Die Terrororganisation feuert weiter jeden Tag Raketen auf israelische Dörfer und Städte ab. Gleichzeitig haben sie in Gaza 24 000 Liter Benzin aus Krankenhäusern gestohlen. Was die Bevölkerung an Versorgung bräuchte, stiehlt die Hamas und missbraucht es für ihre Terrorzwecke.

Viele Experten sagen, die Bodenoffensive wird einen Flächenbrand in der Region auslösen. Was entgegen Sie?

Israel ist nicht dafür verantwortlich, dass es einen Flächenbrand in der Region geben könnte. Verantwortlich für die Bodenoffensive und einen möglichen Flächenbrand ist die Hamas. Um in der Zukunft Frieden zu erzielen, müssen wir die Hamas besiegen. Dem dient die Bodenoffensive.

Schauen wir nach Israel. Es gibt offenbar eine große Unzufriedenheit mit der Regierung Netanjahu. Ist dem so?

Wir werden uns damit auseinandersetzen, warum der 7. Oktober geschehen konnte. Diese Frage treibt viele in meinem Land um. Doch im Moment rückt die israelische Gesellschaft zusammen. Israelis aus Deutschland, Südamerika oder aus den USA kommen zurück. Nicht, weil die Regierung es will. Sondern sie wollen Israel verteidigen. Und ganz sicher ist: Israel wird nie mehr so sein wie vor dem 7. Oktober.

Das Schicksal der Geiseln bewegt. Gibt es denn Hoffnung für diese Menschen?

Unter den Geiseln sind Kinder und Babys, Menschen aus 41 Ländern. Uns geht es nicht um Rache. Eines unserer Ziele ist es, die Geiseln zu befreien und gesund nach Hause zu bringen. Wir machen das besonnen und klar.

Vielleicht ist diese Frage im Moment nicht zu beantworten angesichts der Lage, in der sich Israel derzeit befindet, aber wird irgendwann einmal Versöhnung in der Region möglich sein?

Eine gute Frage. Versöhnung ist ein großes Wort. Sie und ich hätten uns vor 70 Jahren vermutlich nicht vorstellen können, dass es jemals eine Versöhnung zwischen Juden und Deutschen geben würde. Viele, die von der Hamas abgeschlachtet worden sind, haben sich ein Leben lang für eine israelisch-palästinensische Annäherung eingesetzt. Mein Land erlebt gerade aber eine Zeitenwende. Und die wird sicherlich noch Jahre brauchen.

Das Gespräch führte Hagen Strauß

Warum Afrika mehr als eine Randnotiz der deutschen Politik ist

Scholz will dem lange vernachlässigten Kontinent deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher

Von Michael Fischer, Christina Peters und Ulrich Steinkohl

Berlin/Abuja. Bundeskanzler Olaf Scholz will die Kooperation mit dem westafrikanischen Nigeria im Energiebereich ausbauen. Zum Auftakt seiner dreitägigen Afrika-Reise machte er am Sonntag klar, dass er sich zusätzlich zu den bestehenden Öl-Importen auch die Einfuhr von Erdgas aus dem bevölkerungsreichsten und wirtschafts stärksten Land des Kontinents wünscht.

„Nigeria verfügt über die größten Gasvorkommen in Afrika“, sagte Scholz der nigerianischen Zeitung „The Punch“. „Deutsche Unternehmen haben ein Interesse an Gaslieferungen aus Nigeria und

sehen einer Zusammenarbeit mit nigerianischen Gasunternehmen erwartungsvoll entgegen.“ Scholz ergänzte, Deutschland setze auch auf gemeinsame Initiativen, um die Produktion von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft voranzubringen.

Der Kanzler brach am Sonntagmorgen in die nigerianische Hauptstadt Abuja auf. Nach politischen Gesprächen dort wollte er am Abend in die Wirtschaftsmetropole Lagos weiterreisen und am Montagabend nach Ghana. Für ihn ist es die dritte große Afrika-Reise in seinen knapp zwei Jahren als Kanzler. Er hat sich vorgenommen, dem lange vernachlässigten Kontinent deutlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher. Auch als



Bundeskanzler Olaf Scholz ist zur dritten großen Afrika-Reise aufgebrochen.

Foto: Michael Kappeler/dpa

Lehre aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine will er die internationalen Beziehungen Deutschlands breiter aufstellen. Abhängigkeiten von einzelnen Ländern wie früher von Russland

bei der Gasversorgung und aktuell von China bei den Handelsbeziehungen sollen verringert werden.

Deswegen gingen seine ersten beiden Reisen auf den Kontinent zunächst nach Südafrika, traditionell wichtigstes afrikanisches Partnerland Deutschlands, dann nach Kenia im Osten sowie in den Senegal und den Niger im Westen des Kontinents.

Im Senegal machte sich Scholz für eine Kooperation bei der Erschließung von Gasfeldern vor der Küste des Landes stark. Von Klimaschutzern wurde das kritisiert, weil es sich um einen fossilen Energieträger handelt, der klimaschädliche Gase generiert. Die Bundesregierung argumentiert, dass für die Phase des Übergangs zu erneuerbaren Energien weiterhin Gas benötigt werde.

In Westafrika ist der Kanzler auch jetzt wieder unterwegs. Mehr

als 400 Millionen Menschen leben in den 15 Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas, mehr als die Hälfte von ihnen sind unter 18 Jahre alt.

Migrations- und Schmuggelrouten verlaufen durch das Gebiet zwischen der Sahara und dem Golf von Guinea am Atlantik, dessen Staaten über große Vorkommen an Gold, Öl, Erdgas und anderen Bodenschätzen verfügen. Die Region ist mittlerweile aber auch einer der größten und tödlichsten Horte des islamistischen Terrors weltweit.

Nigeria mit seinen 220 Millionen Einwohnern hat sich seit dem Ende der Militärdiktatur 1999 als eine der stabilsten Demokratien der von Putschern heimgesuchten Region erwiesen. Doch das Land rutscht immer weiter in eine gefährliche Mischung aus Wirtschaftskrise und sich stetig verschlimmernder Unsicherheit. Im Nordosten verzeich-

net der Staat seit mehr als einem Jahrzehnt nur begrenzte Erfolge im Kampf gegen islamistische Terrorgruppen wie Boko Haram.

Nach UN-Angaben sind knapp 3,5 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht, 300 000 nigerianische Flüchtlinge befinden sich in den Nachbarländern Niger und Kamerun. Die Wirtschaftskrise mit der höchsten Inflation seit fast 20 Jahren verschlimmert die Situation. Experten warnen vor mehr Migration.

Von Januar bis September dieses Jahres wurden mehr als 1800 Asylbeanträge von Nigerianern in Deutschland gestellt. Die Anerkennungquote ist vergleichsweise gering. Nigeria ist eines der Länder, mit denen Scholz die Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber per Abkommen erleichtern will. Darüber verhandelt die EU gerade mit dem Land.